

PRESSEMITTEILUNG

Cannabisgesetz: Prävention stärken, entkriminalisieren, Chancen nutzen

DPtV nimmt Stellung zu KCanG und warnt vor Bagatellisierung der Droge

Berlin, 29. November 2023 – „Wir brauchen eine grundlegend neue Ausrichtung in der Drogen- und Suchtpolitik. Eine Legalisierung von Cannabis muss mit einer Stärkung der Prävention einhergehen. Ein kontrollierter Umgang mit der Droge sollte durch empirische Forschung begleitet werden, um die Drogen- und Suchtpolitik zukünftig neu auszurichten“, sagt Gebhard Hentschel, Bundesvorsitzender der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung (DPtV). In seiner Stellungnahme zum Kabinettsbeschluss über das Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (KCanG) fordert der Verband weiterhin, die eingesparten Kosten der Strafverfolgung für Suchtprävention, die Behandlung von Suchterkrankten und Forschungsvorhaben zu verwenden.

Präventionsprogramme einführen

„Cannabis ist eine Droge, die erhebliche Risiken für die psychische Gesundheit birgt. Das darf nicht bagatellisiert werden. Ein früher, langjähriger und regelmäßiger Konsum erhöht das Risiko für Angststörungen, Depressivität, Suizidgedanken, bipolare Störungen und psychotische Störungen“, betont der Bundesvorsitzende. Dennoch zeigten die Statistiken deutlich, dass die strafrechtliche Sanktionierung nicht wirke. „Neben der Änderung der Strafvorschriften sollte daher auf Suchtprävention und Verbesserung der Suchtbehandlung gelegt werden. Die bisher im Gesetzentwurf vorgesehenen Maßnahmen zur Suchtprävention greifen zu kurz und werden nicht ausreichen, vulnerable Gruppen und Hochrisikogruppen vom Cannabiskonsum abzuhalten.“ In anderen europäischen Staaten seien Präventionsprogramme bereits sehr erfolgreich eingeführt worden.

Gesetzesentwurf: Chancen nutzen

„Der Gesetzgeber hat im KCanG leider die Chance verpasst, in der Behandlung von Suchterkrankungen einen besseren Übergang vom stationären in den ambulanten Bereich zu ermöglichen“, kritisiert Hentschel und regt Nachbesserungen an. Das Gesetzgebungsverfahren berge zudem das Potential, auch einige der sozialen Missstände, die durch den unregulierten Gebrauch von Cannabis und weiteren Drogen entstanden sind, abzumildern. „Wir begrüßen die vorgenommene Entkriminalisierung, zu der auch die geplante Löschung von bereits begangenen Straftaten aus dem Bundeszentralregister (BZR) gehört. Die Eintragungen im BZR wirken sich nachteilig auf Arbeitslosigkeit, damit verbundene Lebensperspektiven und Therapieerfolge aus“, sagt Hentschel.

Die komplette Stellungnahme finden Sie hier: <https://t1p.de/ojjsa>

Bundesgeschäftsstelle

Am Karlsbad 15
10785 Berlin
Telefon 030 2350090
Fax 030 23500944
bgst@dptv.de
www.dptv.de

Presse

Hans Strömsdörfer
Telefon 030 23500927
Fax 030 23500944
Mobil 0157 73744828
presse@dptv.de

*Mit 24.000 Psychotherapeut*innen ist die DPTV der größte Berufsverband für Psychologische Psychotherapeut*innen, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen und Psychotherapeut*innen in Ausbildung in Deutschland. Die DPTV engagiert sich für die Anliegen ihrer Mitglieder und vertritt erfolgreich deren Interessen gegenüber Politik, Institutionen, Behörden, Krankenkassen und in allen Gremien der Selbstverwaltung der psychotherapeutischen Heilberufe.*

*Pressekontakt/Interview-Anfragen:
Hans Strömsdörfer
Pressesprecher
presse@dptv.de
Mobil: 0157 73744828
Telefon: 030 23500927*